

Albrecht Müller
Wolfgang Lieb

Nachdenken über Deutschland

Das kritische Jahrbuch
2011/2012

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-62-9
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2011
Lektorat: Brigitte Baetz
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Inhalt

Warum die Nachdenkseiten wichtig sind	7
Es ist fünf vor zwölf – Zeit zum Aufstehen	13
1 Im Hamsterrad der »Sachzwänge«: Die grundsätzlichen Fehler in der Wirtschaftspolitik	22
2 Adieu, ihr Millionen: Was die Finanzkrise uns kostet – und warum	50
3 Malen nach Zahlen: Wie mit Statistiken manipuliert wird	75
4 Keine Heimat, nirgends? Wo finden politisch Unzufriedene ein Zuhause?	109
5 Deutschland, deine Elite: Denkfaulheit trifft Korruption	136
6 Medien, Mythen, Manipulationen: Es ist nicht nur die <i>Bild</i> -Zeitung	152
7 Konsequenter inkompetent: Peer Steinbrück und Angela Merkel	189
8 Neoliberale Erfolgsgeschichte: Arm bleibt arm, reich wird reicher	222

9	Planlos unterwegs: Das Elend der deutschen Außenpolitik	244
10	Viel Lärm um nichts: Dauerbaustelle Bildung	253
	Wer sind und was wollen die NachDenkSeiten?	266

Warum die NachDenkSeiten wichtig sind

Von Peter Bofinger

Als ich vor 38 Jahren mit dem Studium der Nationalökonomie begann, war diese Wissenschaft noch einigermaßen vielfältig. Es gab verschiedene Meinungen und unterschiedliche Vorschläge zur Lösung von volkswirtschaftlichen Problemen. Es gab Wissenschaftler, die stark von den Lehren des britischen Ökonomen Keynes geprägt waren oder solche, die den Lehren der Chicagoer Schule zuneigten. Und es gab einiges dazwischen. Das hat sich inzwischen sehr geändert. Analyse und Therapie werden von *einer* Schule, der deutschen Variante der Chicagoer Schule, beherrscht. Steuern senken, Löhne runter, sparen, privatisieren, deregulieren, die Märkte werden es richten – das sind die gängigen Empfehlungen.

Diese dogmatische Einseitigkeit und Verkrustung meiner Wissenschaft spiegelt sich auch in den Kommentaren und in der Berichterstattung fast sämtlicher Medien wider. Auch dort beherrscht das geschlossene Weltbild vom allein selig machenden Wirken des Marktes die Szene. Dies hat weitreichende Folgen für die politischen Entscheidungen. Die geballte Meinungsmacht von Wissenschaft, sogenannten Experten, wirtschaftlich mächtigen Interessengruppen und Medien beeindruckt die politisch Verantwortlichen. Sie sind nicht mehr frei, sachbezogen und je nach Problemlage aus miteinander streitenden wirtschaftswissenschaftlichen Thesen die politisch vernünftigsten Vorschläge abzuwägen und zwischen den durchaus verschiedenen möglichen

Therapien zu wählen. Immer mehr gilt deshalb das Glaubensbekenntnis aus Margaret Thatchers Zeiten: »*There is no alternative!*« – TINA. Die Wirtschaftswissenschaften sind aber keine Naturwissenschaft mit naturgesetzlichen Erklärungsmustern. Es gibt immer Alternativen und es gibt vor allem immer unterschiedliche Prioritäten oder Ziele, die man politisch verfolgen kann oder möchte. TINA, das ist nicht nur falsch, sondern wird auch zusehends teurer.

Wir haben deshalb alle ein Interesse daran, dass nicht einzelne ökonomische Schulen zur herrschenden und alles beherrschenden Lehre aufsteigen, sondern die pragmatische Prüfung von immer möglichen Alternativen die Politik beherrscht.

Anstöße und Anregungen zu alternativen Denkansätzen bieten – anders als die etablierten Medien – die NachDenkSeiten. Ich schätze diese Website als belebendes Element nicht nur der wirtschaftspolitischen Debatte. Deshalb begrüße ich die Herausgabe wichtiger Texte in Buchform.

Die NachDenkSeiten sind eine tägliche Quelle der Information für alle, die sich noch eigene Gedanken machen wollen und nach guten Lösungen unserer nun wirklich großen Probleme suchen. Das Jahrbuch mit dem anspruchsvollen Titel *Nachdenken über Deutschland* erreicht auch Menschen ohne Zugang zum Netz oder diejenigen, die Texte lieber schwarz auf weiß in ihrem Bücherschrank stehen haben wollen. Es ist immer gut, sich aus verschiedenen Quellen und damit umfassender zu informieren. Vielfältige Information und kontroverse Denkansätze machen freier im Denken und schützen vor Einäugigkeit. Pluralität ist ein Wesensmerkmal von Demokratien, sie ist ein wichtiger Garant für die Herrschaft der Vernunft im politischen Meinungsbildungsprozess. Dogmatismus und die absolute Vorherrschaft von wissenschaftlichen Schulen sind das Gegenteil.

Die Leser der Jahrbücher und der NachDenkSeiten wissen, dass sie sich darauf verlassen können, mit ihrer Hilfe immer wieder einen neugierigen, kritischen Blick hinter die gängigen Denk-

muster werfen zu können. Die Leser dieses nun zum fünften Mal erscheinenden Jahrbuches werden wieder einmal erstaunt sein, bei wie vielen Problemen ihnen die Lektüre die Augen öffnet:

Sie werden zum Beispiel erfahren, wie früh man schon wissen konnte, dass die Aufforderung an Griechenland, vor allem nur zu sparen, in der nunmehr eingetretenen Lage keine Lösung bringt, weil sich dieses Land auf diese Weise kaputtspart und noch weniger in der Lage sein wird, seine Schulden zurückzuzahlen.

Sie werden zum Beispiel bemerken, wie wir allein schon mit dem Begriff »Schuldenkrise« auf eine falsche Fährte gelockt wurden. Damit wird verschleiert, dass wir eigentlich eine Krise der Finanzwirtschaft und der Banken haben, weil diese sich in Spekulationen statt in solider Kreditfinanzierung verausgabt haben. Sie werden die für ihre Meinungsbildung wichtigen Fakten finden – etwa dass schon 2010 die öffentlichen Garantien für die ehemals private Bank HRE genau der Hälfte des Bundeshaushalts im Jahr 2008 entsprachen. Ein beängstigendes Verhältnis!

Sie werden nach der Lektüre dieses Buches beispielsweise besser nachvollziehen können, warum ich den Politikern dringend rate, sich aus der Abhängigkeit von den Finanz»märkten« zu befreien. Ich spreche von »neurotischen Investoren«. In diesem Jahrbuch werden Sie viel Material finden, das diese Beobachtung untermauert.

Wirtschaftliche Probleme beherrschen zwar die öffentliche Debatte über weite Strecken. Aber Ökonomie ist nicht das ganze Leben. In diesem Jahrbuch werden zu Recht auch andere Fragen erörtert: etwa Probleme der Außen- und Sicherheitspolitik, der Bildungs- und der Medienpolitik, vor allem aber auch die uns alle umtreibende Frage, was aus der fortschreitenden Spaltung unserer Gesellschaft in Reich und Arm, in Oben und Unten für das gesellschaftliche Zusammenleben und für eine funktionierende Demokratie noch an negativen Entwicklungen resultieren können.

Krisen wie heute sind Hochzeiten für Glaubensgemeinschaften mit ihren einfachen Erklärungsmustern und Ratschlägen: »Hät-

ten wir ein bedingungsloses Grundeinkommen, dann wären viele Probleme gelöst.« Oder: »Der Euro ist an allem schuld, und wenn wir ihn wieder los wären, dann wären auch die Probleme gelöst.« Das sind nur zwei von mehreren heute gängigen Glaubensbekenntnissen. Die Autoren dieses Buches lassen sich von solchen schön klingenden Heilslehren nicht mitreißen. Sie halten mit rationalen Argumenten und mit Vernunft dagegen. Kurz: Sie klären auf. Insofern ist dieses Buch im besten Sinne aufklärerisch.

Sie werden in diesem Buch entdecken, dass auch kritische Geister in der gemeinsamen europäischen Währung durchaus etwas Positives und Erhaltenswertes sehen und dafür werben. Kritik am Bestehenden zu üben heißt ja nicht, destruktiv zu sein, sondern einen konstruktiven Beitrag zum Besseren zu leisten. Kritik zu üben kann durchaus auch heißen, das gemeinsam Errungene zu verteidigen, auch wenn es Mode geworden ist, solche Errungenschaften auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen.

Die Autoren wenden sich gegen den zerstörerischen Zynismus, mit dem heute einige einflussreiche Meinungsführer operieren. Ein Lob auf Sarrazin werden Sie in diesem Buch nicht finden.

Im Jahrbuch und in den NachDenkSeiten ist also kritisches Denken mit positivem, konstruktivem Denken verbunden: Die Schuldenlast unseres Staates zum Beispiel ist groß. Aber mit den Autoren bin ich einig, dass wir dieses Problem lösen können – wenn man will und alle möglichen Instrumente klug einsetzt. Der demografische Wandel ist beachtlich. Aber die Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme sind lösbar – wenn man will und wenn man nicht durch eine einseitige Sichtweise blockiert ist. Die Verteilung zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten immer ungerechter geworden. Man könnte das ändern, wenn man wollte. Es müssen keineswegs revolutionär neue Wege sein. Manchmal reicht es, sich erprobter und bewährter Politiken zu erinnern – zum Beispiel der umverteilenden Wirkung einer gerechten Steuerpolitik.

In diesem Buch werden keine Hymnen auf unsere gesellschaftlichen und politischen Eliten gesungen. Im Gegenteil: Es wird der

Finger in die Wunden gelegt. Es werden Inkompetenz oder auch vielfache politische Korruption offen angesprochen.

Man muss nicht alle Ansichten der Autoren teilen, das tue ich nicht. Man muss auch nicht ihre politischen Grundauffassungen teilen. Doch selbst wenn man anderer Meinung ist, wird man erfahren: Das Buch zu lesen lohnt sich. Es regt zum eigenen Denken an. Und was ist in einer Welt voller Probleme wichtiger, als immer wieder neu nachzudenken, statt dem Herdentrieb zu folgen?

Professor Dr. Peter Bofinger lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg. Er ist Mitglied es Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Es ist fünf vor zwölf – Zeit zum Aufstehen

Der Stein kommt allmählich ins Rollen: In vielen Ländern Europas, ja, der ganzen Welt wehren sich immer mehr Menschen gegen eine Politik, die zu Massenarbeitslosigkeit führte, auf Sozialabbau, Sparen auf Kosten der »kleinen Leute«, kurz, auf Umverteilung von unten nach oben zielt. Eine Politik, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. In Frankreich landet der 93-jährige Résistance-Veteran Stéphane Hessel mit der kleinen Schrift *Empört Euch!* einen Bestseller. In Spanien gehen die sogenannten »Indignados« zu Zehntausenden auf die Straße, um gegen eine abgehobene politische Elite und ihre unsoziale Politik zu protestieren. In Chiles Hauptstadt Santiago demonstrieren 150 000 Menschen für bessere Bildung, in Israel 300 000 für soziale Gerechtigkeit. In der arabischen Welt befreit sich Land um Land von seinen despotischen Regimen. Und in Großbritannien entladen sich die Spätfolgen der gesellschaftsfeindlichen Politik der »eisernen Lady« Maggie Thatcher in blutigen Krawallen. Die Ausgegrenzten rauben sich Konsumgüter, deren Besitz in einer durch und durch materialistisch gewordenen Ellbogengesellschaft das Höchste zu sein scheint.

Nur in Deutschland bleibt es (noch) ruhig. Hier ist die Enttäuschung in einem großen Maße in Aggression auf Minderheiten, in Politikverdrossenheit oder in Apathie umgeschlagen. Die Wahlbeteiligung geht stetig zurück. Nur vereinzelt zeigt sich in den Pro-

testen gegen Großprojekte bürgerschaftlicher Unmut. Die Bundesregierung, aber auch große Teile der Opposition scheinen sich gar keine Gedanken mehr darüber zu machen, wie es gelingen könnte, in unserem Land für ausreichend soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Die Ludwig Erhardschen Versprechen einer »sozialen Marktwirtschaft« oder eines »Wohlstands für alle« haben sich in ihr Gegenteil verkehrt. Und die sogenannte »veröffentlichte Meinung« ist in weiten Teilen zum Sprachrohr der »gierigen Wenigen« (Charles Moore) verkommen oder plappert nur nach, was Lobbyisten oder die Spekulanten der Finanzwirtschaft vorsagen. Presse und Rundfunk sind längst Teil einer Industrie, die eher an Ruhigstellung als an Aufklärung interessiert ist. Dazu gehört, dass angebliche Wahrheiten unwidersprochen so lange wiederholt werden, bis sie niemand mehr infrage stellt. Das gilt vor allem für die Ökonomie. Die unter anderem daraus resultierende Wirtschaftspolitik ist nicht nur sozial ungerecht, sondern grundsätzlich falsch und ineffizient. Sie schadet unserem Land und ganz Europa und wird für uns alle immer teurer.

Sogar im bürgerlichen Lager beklagt man inzwischen die »Selbstdesillusionierung des bürgerlichen Denkens« und es kommen »Zweifel an der Rationalität des Ganzen« (Frank Schirrmacher) auf. Nicht nur die NachDenkSeiten, auch die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* zitieren den »erkonservativen« britischen Publizisten Charles Moore mit der Aussage: »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat.«

Die öffentliche Debatte ist irreführend, die politischen Entscheidungen sind widersprüchlich und über weite Strecken unvernünftig. Die Bürgerinnen und Bürger scheinen machtlos zu sein.

Wir Macher der NachDenkSeiten wollen das nicht hinnehmen. Was falsch ist, bleibt falsch, auch wenn es noch so oft wiedergekaut wird. Es ist uns bewusst, dass wir gegen einen mächtigen Meinungsstrom schwimmen. Doch wir tun das nicht aus der puren Lust am Widerstreit, wir sind angetrieben von der Sorge, dass

die Spaltung unserer Gesellschaft in unten und oben ein gefährliches Ausmaß erreicht hat. Wir halten den Rückzug aus dem politischen Geschehen für noch gefährlicher. Deshalb machen wir weiter. Deshalb immer wieder der Versuch, hinter die Kulissen zu leuchten und aufzuklären. Wir glauben an die Kraft der Vernunft und daran, dass der stete Tropfen den Stein dann letzten Endes doch höhlt.

Deshalb dieses neue Jahrbuch. Dieses Buch ist ein Auszug aus unserer täglichen Arbeit, die wir unentgeltlich leisten. Es enthält (teils gekürzte) Artikel von August 2010 bis August 2011. Wir sind frei von finanziellen und sonstigen Interessen, wir sind niemandem verpflichtet, weder politisch noch ökonomisch. Wir wollen einfach nur unseren Beitrag dazu leisten, dass die Willensbildung in unserem Land wieder demokratischer abläuft.

Deutschland braucht eine von Sachkenntnis getragene Debatte und keine von neoliberaler Ideologie und vermeintlichen Sachzwängen getriebene Politik, die keine Alternativen kennt und will. Wir wollen die zunehmend gleiche Ausrichtung der Medien durchbrechen, Meinungsmache und interessengeleitete Stimmungsmache aufdecken und die oft undurchsichtigen Netzwerke mächtiger Interessengruppen sichtbar machen.

In dem Zeitraum, den dieses Buch abdeckt, ist uns besonders aufgefallen, wie gut es gelungen ist, die breite Öffentlichkeit von den eigentlichen Auslösern der Finanzkrise abzulenken, ja, den größten Finanzcrash aus dem kollektiven Gedächtnis zu verdrängen. Gerade so, als hätten wir die Ursachen und die Folgen schon längst überwunden! Stattdessen wurde der »Sündenbock« Griechenland gefunden; bald werden Italien, vielleicht sogar Frankreich und andere Länder dazu kommen. Die Bundesregierung lädt die Schuld in chauvinistischer Manier auf die »faulen Südländer« ab und versucht, ganz Europa den deutschen fatalen Medikamentencocktail zu verabreichen: Sparen, Sozialabbau, Privatisierung, Liberalisierung. Am deutschen Wesen soll Europa genesen. Dabei ist Deutschland – wie der britische *Guardian* An-

fang August 2011 zu Recht anklagt – »the No 1 problem« für die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa.

Hilf- und ratlos gibt die Bundesregierung dem ordnungspolitisch völlig aus dem Ruder gelaufenen Druck der »Märkte« nach. Sie folgt der eindimensionalen Logik der Exportwirtschaft und lässt sich unter dem massiven Einfluss interessierter neoliberaler Kreise nur noch von deren Denkfehlern und Vorurteilen leiten.

Über zahlreiche dieser Denkfehler werden Sie auch in diesem Jahrbuch wieder lesen können. Ein Beispiel: Die »schwäbische Hausfrau«, von Angela Merkel zur Erläuterung ihres »Sparpakets« zum Vorbild genommen, mag ein auf den ersten Blick einleuchtendes Bild abgeben. Natürlich: Eine sparsame Hausfrau weiß, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Wenn eine Familie Schulden hat, muss sie eben sparen. Mit diesem Bild will die Kanzlerin uns (und vermutlich auch sich selbst) einreden, dass eine Volkswirtschaft genauso wirtschaften muss wie ein privater Einzelhaushalt. Diese Betrachtungsweise blendet aber bewusst aus, dass ein Großteil der staatlichen Verschuldung erst durch den »Steuersenkungswahn« der letzten Jahre entstanden ist. Sie unterschlägt darüber hinaus, dass »der bedeutendste Treiber des Defizitwachstums niedrige Steuereinnahmen aufgrund einer schwachen Wirtschaftsentwicklung (sind) und das beste Mittel dagegen wäre, Arbeitsplätze zu schaffen« (so der Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz). Sparabsicht und Sparerfolg sind – gesamtwirtschaftlich betrachtet – eben zwei Paar Stiefel.

Ein weiteres Beispiel: Offenbar halten viele Mitbürgerinnen und Mitbürger und selbst Intellektuelle – wie etwa Martin Walser – den früheren Finanzminister Peer Steinbrück für den »Retter« aus der Bankenkrise. Die Medien schreiben ihn schon zum künftigen Kanzlerkandidaten hoch. Wird jedoch in der öffentlichen Diskussion irgendwo nachgehalten, dass Steinbrück mit seiner Deregulierungspolitik auf dem »Finanzplatz Deutschland« den »Heuschrecken« und den Spekulanten geradezu Tür und Tor geöffnet hat? Wird problematisiert, dass er und die Kanzlerin uns

dadurch letztlich Milliarden an Lasten für die anschließend notwendig gewordenen »Rettungsschirme« aufgebürdet haben? Über diese und weitere Fragen, die Steinbrücks damaliges Handeln aufwerfen müssten, lesen Sie bei uns auf den NachDenkSeiten und in diesem Jahrbuch.

Die Kanzlerin hat in ihrer Neujahrsansprache auch Ihnen ins Gewissen geredet: »Wir« hätten »über unsere Verhältnisse gelebt«! Das wurde millionenfach in den Medien nachgeplappert. Haben etwa Sie über Ihre Verhältnisse gelebt? Haben schon gar die Niedriglöhner, die über fünf Millionen Arbeitslosen und Hartz-IV-Leistungsempfänger oder haben die Rentner, deren Rente durch »Riestertreppe« und »Nachhaltigkeitsfaktoren« seit der Jahrtausendwende um ein Fünftel gesenkt worden ist, über ihre Verhältnisse gelebt? Wer vom »Wir« spricht, lenkt ganz bewusst davon ab, dass die Einkommensverteilung in unserem Land einer Schere gleicht, die immer weiter auseinander geht.

Alle reden über »Staatsverschuldung«, aber kaum jemand spricht darüber, dass die Verarmung des Staates systematisch vorangetrieben wurde. So wurden etwa der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer und eine Unternehmensteuer nach der anderen gesenkt. Deutschland ist ein Steuerparadies für Millionäre. Selbst die Reichsten sind weit davon entfernt, den Spitzensteuersatz zu entrichten. Geringverdiener tragen die höchste Abgablast. Für Spitzenverdiener sinkt der Steueranteil, je mehr sie verdienen. Mit dem Ausbluten der öffentlichen Hand wurden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: privaten Interessen wurden neue Geschäftsfelder eröffnet, es wurde ein Zwang zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen der Daseinsvorsorge und zum Streichen sozialer Leistungen ausgelöst.

Haben Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht, warum sich die europäischen Peripherieländer immer mehr bei deutschen Anlegern verschuldet haben? Und warum es zu den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen Deutschland und den meisten seiner europäischen Nachbarn gekommen ist? Das

lag nicht nur daran, dass wir in Deutschland die besseren Produkte hatten, sondern das lag im Kern daran, dass gleichzeitig mit Lohn-, Sozial- und Steuerdumping in den letzten zwei Jahrzehnten die anderen Länder ökonomisch niederkonkurriert wurden. Die meisten Deutschen haben gerade nicht »über ihre Verhältnisse gelebt« – im Gegenteil. Doch die deutschen Arbeitnehmer sind nun doppelt gekniffen: Zuerst haben sie zwanzig Jahre lang stagnierende Löhne hingenommen und immer mehr geschuftet, damit die deutsche Exportwirtschaft den anderen Ländern davon eilen konnte – und jetzt werden die abhängig Beschäftigten für die dadurch notwendig gewordenen Rettungsschirme noch einmal zur Kasse gebeten.

Da wird uns in der täglichen Börsenberichterstattung zur besten Sendezeit vor der Tagesschau oder in allen Wirtschaftsnachrichten eingeredet, die Börse sei der Seismograf der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn die Kurse steigen, wird gejubelt. Wenn sie sinken, wird Trübsal geblasen. Einmal davon abgesehen, dass neunzig Prozent der Fernsehzuschauer gar keine Aktien besitzen, also jedenfalls nicht unmittelbar betroffen sind – mit einer Berichterstattung, die an die Ziehung der Lottozahlen erinnert, wird völlig vergessen gemacht, dass die Auf- und Abwärtsbewegungen vor allem durch Spekulation und den Herdentrieb der »Analysten« ausgelöst werden.

Es gab einmal Zeiten, da wurden Spekulanten als unseriös geächtet, heute werden sie bewundert und die Politik tanzt nach ihrer Pfeife, statt dem Spekulantentum endlich das Handwerk zu legen.

Statistiken sind das am häufigsten eingesetzte Mittel, um uns zu überzeugen. »Experten« werfen nur so mit Zahlen um sich. Es herrscht zum Beispiel bei den Arbeitsmarktdaten geradezu ein Zahlenfetischismus, mit dem verdeckt werden soll, welche Qualität (und welcher Lohn) der Arbeit hinter der Quantität der Arbeitsplätze steht. Die schlimmsten Schreckensbilder lassen sich aber mit »Modellrechnungen« in eine möglichst ferne Zukunft

malen. Die renommiertesten Wirtschaftsforschungsinstitute liegen zwar mit steter Regelmäßigkeit bei den Prognosen konjunktureller Daten selbst für das nächste Vierteljahr daneben. Aber in den Medien meist sogar noch als »Sachverständige« vorgestellte Kaffeesatzleser können bis auf die Stelle hinterm Komma zum Beispiel die Erwerbsquote, die Produktivität unserer Volkswirtschaft, die Wirtschaftskraft oder sogar das Verhältnis von Pflegefällen zur Erwerbsbevölkerung in fünfzig (!) Jahren prognostizieren – und damit Angst und Schrecken auslösen.

Dass hinter der Kaffeesatzleserei meist Interessen und damit politische Ziele stecken, wird uns bei der Veröffentlichung dieser »Studien« in den meisten Fällen verschwiegen. Vielleicht haben Sie es selbst gemerkt: In aller Regel kommen solche oft von der Finanzwirtschaft gesponserten »Prognosen« zum Ergebnis, dass der Staat die Sozialleistungen drastisch kürzen müsse. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendeine wissenschaftliche Studie der erstaunten Öffentlichkeit präsentiert wird. Wir sind geradezu umzingelt von Think-Tanks, die meist nur die verlängerten »wissenschaftlichen« Schreibtische von mächtigen Interessengruppen oder – wie etwa die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« – ganz offen Public-Relations-Agenturen von Arbeitgeberverbänden sind.

Wir können die vielen Beispiele für diese halben Wahrheiten und ganzen Lügen, die Ihnen in diesem Buch vor Augen geführt werden, hier nur anreißen. Nahezu alle Texte, die wir aus den NachDenkSeiten ausgewählt haben, belegen mit Fakten und begründeten Argumenten, dass mit allen Mitteln der Meinungsmache die Welt anders wahrgenommen werden soll, als sie tatsächlich ist. Wir hoffen, dass Sie nach der Lektüre dieses Buches die Wirklichkeit, die politische Praxis und ihre mediale Darstellung mit anderen, mit kritischeren Augen sehen. Wir wünschen uns, dass Sie die Mechanismen unserer Medienwelt durchschauen, die immer häufiger verdeckte PR verbreitet und unter anderem durch zu große Nähe zu den Reichen und Einflussreichen korrumpiert

ist und deshalb ihre eigentliche Wächterrolle immer mehr vernachlässigt.

Wir wollen Sie animieren, dass Sie sich nicht mehr länger nur vom täglichen Meinungsmainstream überfluten lassen, sondern öfter einmal in die NachDenkSeiten schauen oder auch in andere alternative politische Blogs.

Wir möchten, dass alle Staatsgewalt wieder vom Volk ausgeht und nicht dahin geht, wo viel Geld und publizistische Macht existieren.

Wir möchten Ihr Ethos gegenüber dem allgemeinen Werteverlust und dem Abhandenkommen von gemeinwohlorientiertem Denken oder gegen die Flüchtigkeit von schlichtem Anstand stärken. Kurz: Wir wollen Sie zum Nachdenken über Deutschland anregen und wir setzen darauf, dass Sie sich von Ohnmachtsgefühlen frei machen und sich einmischen. Gerade auch dann, wenn Sie sich mit Ihren ökologischen, wirtschaftspolitischen oder sozialen Ansichten derzeit politisch heimatlos fühlen. Die Wende in der Atompolitik hat bewiesen, dass sich das Einmischen lohnt, wenn auch leider erst nach langen Jahren. Die Proteste um Stuttgart 21 haben immerhin gezeigt, dass Bürgerengagement auch zur Abwahl von Parteien führen kann, die sich über ein halbes Jahrhundert fest im Sattel wähnten.

Ihr kritisches Engagement ist vor allem aber auch deshalb notwendig, damit »rechtspopulistische« Parolen mit ihrem Rassismus und ihrer Ausgrenzung von Minderheiten und damit der aufkeimende Chauvinismus als primitive Gegenreaktionen gegen weitverbreitete Ängste vor dem eigenen Absturz nicht noch mehr Gehör finden. Das gesellschaftliche Klima ist durch die »Tabubrüche« à la Sarrazin und Broder schon vergiftet genug, die Verschiebung nach »rechts« ist bei allen etablierten Parteien schon weit genug vorangeschritten.

Es ist ein »kritisches Jahrbuch«, und es kann auch nicht anders als kritisch sein. Unsere Kritik ist nicht besserwisserisch, wir wollen im Gegenteil Denkanstöße für besseres Wissen geben. Schon

gar nicht ist unsere Kritik destruktiv. Das wäre sie, wenn wir milder urteilen würden, denn dann hätten wir schon die Hoffnung auf eine Besserung aufgegeben. Mit dem Wissen wächst der Zweifel und mit dem Zweifel wächst die Chance für neues Denken und damit auch für politische Alternativen.

Diesem Ziel, Denkanstöße zu geben, zum Zweifeln und zum eigenen Nachdenken über die Zustände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anzuregen, sehen sich dieses Buch wie auch unsere Internetplattform www.nachdenkseiten.de verpflichtet. Wir wollen unsere Leserinnen und Leser ermutigen, hinter die Kulissen der interessengeleiteten Meinungsmache von Lobbyisten, »Experten«, von Medien und natürlich von Parteien und der regierungsamtlichen Öffentlichkeitsdarstellung zu schauen. Wir sind der Überzeugung, dass sich gegen die dominante Meinungsmacht von oben und gegen die dichten Netzwerke der selbsternannten Eliten eine demokratische Gegenöffentlichkeit von unten entwickeln muss, um unsere Demokratie wieder lebendiger zu gestalten: nämlich als eine Staatsform, in der es sich lohnt, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen.

Ihr Albrecht Müller und Ihr Wolfgang Lieb